

Bericht der Landesregierung

betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2018-2023 für die
16. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages

Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 10. Dezember 2018 den Europapolitischen Vorhabensbericht 2018-2023 für die 16. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages genehmigt. Gemäß Art. 50a Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 i.d.g.F. wurde der zitierte Vorhabensbericht durch Landeshauptmann Dr. Haslauer dem Landtag übermittelt.

In der Vorbemerkung zum Europapolitischen Vorhabensbericht führt Landeshauptmann Dr. Haslauer aus:

Europapolitik ist Innen- sowie Regionalpolitik: Salzburg will und kann europapolitische Entscheidungen beeinflussen und mitgestalten, bei denen Interessen des Landes berührt werden. In den kommenden Jahren wird die Europapolitik des Landes folgende Schwerpunkte setzen:

- laufende Beurteilung der Auswirkungen neuer EU-Rechtsakte auf das Land Salzburg;
- Wahrung der Landesinteressen in aktuellen bzw. drohenden Vertragsverletzungsverfahren;
- aktive Mitgestaltung des Landes am EU-Zukunftsszenario
"Mehr EU": Unterstützung der EU-Initiativen, u. a. in den Bereichen Außengrenzschutz, innere und äußere Sicherheit der Vertretung Europas in der Welt, der Forschung und Innovation und der Digitalisierung in Bezug auf einzelne Aspekte der Migration;
"Weniger EU": kritische Hinterfragung des Mehrwertes von EU-Regelungen, u. a. in folgenden Politikfeldern: Gesundheit, Industrie, Kultur, Tourismus, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Sport, Katastrophenschutz, Verwaltungszusammenarbeit; diese Bereiche sind auf tatsächlich transnationale Aspekte einzugrenzen. Ebenso sind Beihilfe- und Vergaberegeln auf EU-Ebene auf das für das Funktionieren des Binnenmarkts unerlässliche Maß zu beschränken. Delegierte Rechtsakte der Europäischen Kommission sollen auf ein Minimum beschränkt werden.
- Prüfung und Bewertung neuer Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen der EU; Vernetzung des digitalen Binnenmarktes; zukunftsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik; aktuelle und zukünftige Initiativen im Verkehrsbereich - Eurovignetten-RL und TEN-T; aktuelle Themen im Bereich Umwelt - u. a. Netzwerk gentechnikfreier Regionen; Landwirtschaft - aktuelle Entwicklungen im Bereich der GAP sowie Wolfsmanagement; Migrationspolitik - Schengener Grenzkodex, Dublin; bürgernahe EU.

Die Landesregierung legt dem Landtag diesen "Europapolitischen Vorhabensbericht 2018-2023" für die 16. Gesetzgebungsperiode gemäß Art. 50a Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 i.d.g.F. vor. Die Gliederung folgt jener des Arbeitsübereinkommens zwischen ÖVP, Grünen und NEOS zur Bildung der Salzburger Landesregierung nach der Landtagswahl vom 22. April 2018.

Auf die dem Landtag übermittelte [Berichtsunterlage](#) wird verwiesen.

Die Landesregierung stellt den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorgelegte Europapolitische Vorhabensbericht 2018-2023 für die 16. Gesetzgebungsperiode wird zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Bericht der Landesregierung wird gemäß § 70 GO-LT dem Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.